

Posener Zeitung  
Neunundneunzigster Jahrgang.

**Inserate**  
werden angenommen  
in den Städten der Provinz  
Bosen bei unseren  
Agenturen, Ferner bei den  
Annoncen-Expeditionen  
Hd. Wollf. Haufenheim & Bögl  
G. J. Danke & Co., Buchhandlung.  
**Verantwortlich für den  
Inseratenthell  
J. Klugk  
in Posen.**

Mittwoch, 23. März.

Inserate, die halbspaltige Zeitspalte oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an bezugsloser Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1892

200. Sitzung vom 22. März, 12 Uhr.  
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Präsident v. Sebekow spricht seinen Dank aus für denselben, der nicht ihm, sondern diesem Tage gewidmet sei, der noch nie da war und voraussichtlich nie wiederkehren wird (Geisterfest). Mögen diese Blumen die Blüthe des Reiches bedeuten! (Beifall).

Das Plenum des Reichstags hatte sich bereits am 24. April 1891 mit der Prüfung dieser Wahl befaßt, und damals beschlossen, die Beschlussfassung über die Gültigkeit der Wahl auszusetzen und über eine große Anzahl von Beschwerden aus dem Wahlproteste Remedierhebung zu veranlassen.

Diese Beweiserhebung hat auch diesmal zu keinem endgiltigen Kommissionsbeschlusse geführt, vielmehr befragt die Kommission abermals eine Auslegung der Beschlufsfassung zur Anstellung neuer Beweiserhebungen über die Protetstbehauptungen der amtlichen Vertheilung von Stimmzetteln und Flugblättern vom Landrathsamt aus. Die sonstigen Protetstbehauptungen (geschwidrige Verklammlungsverbote, Auflösungen, Verletzung des Wahlgeheimnisses u.) sind in ihrem ziffernmäßigen Ergebnisse, soweit sie als erwiesen angesehen wurden, nicht als ziffernmäßig ausreichend erachtet worden, um die absolute Mehrheit für Colmar zu besessigen.

Ein Antrag Träger (Df.) verlangt, prinzipieller die Wahl für ungültig zu erklären, eventuell den von der Kommission beantragten Vernehmungen noch eine Reihe weiterer hinzuzufügen, die in weiteren Fällen das amtliche Eintreten für den konservativen Regierungspräsidenten v. Tolmar ergeben sollen.

Ein Antrag Mehnert will die in dem Kommissionsantrage vorgesehenen Vernehmungen nicht ebl. stattfinden lassen und die Vernehmungen der Schulzen zc. dahin streichen, ob denselben die Herkunft der versandten Stimmzettel aus dem Landrathssamt bekannt war.

**Abg. Träger** (H.): Ich habe bereits manche merkwürdige Erfahrungen bei Wahlprüfungen gemacht, aber in den 17 Jahren meiner parlamentarischen Thätigkeit noch niemals eine solche Fülle von Verstößen aller Art gegen das Wahlreglement gefunden. Auf mich hat die Wahl den Eindruck eines Shakespeare'schen Königsdrama's gemacht. (Heiterkeit.) Zunächst handelt es sich um die amtliche Agitation der Behörden, Landrathsamtes und Bürgermeisterei für Herrn v. Colmar. Der Landrath hat, wie festgestellt ist, einen gewissen Schmiededeckel veranlaßt, die Wähler zu notiren. Die Bezahlung ist freilich nicht direct, sondern durch Vermittelung eines Restaurateurs erfolgt. Ich beantrage durch eidlche Vernehmung festzustellen, daß das Geld vom Landrathsamt herrührt. Ferner hat, wie aus Zeugenaussagen hervorgeht, der Landrath zu Colmar ein Wahlagitationsbureau eingerichtet und einen amtlichen Vertrieb von Stimmzetteln organisiert und zu diesem Zwecke vom 1. Januar bis 31. März 1890 Kämmlischeiten in dem Hause des Schornsteinfegermeisters Belau gemiethet. Ich beantrage durch Vernehmung des Landraths, sowie aus den Kassenbüchern der dortigen Kreiskasse feststellen zu lassen, ob die Miete dafür aus der Kreiskasse bezahlt ist. Der Name des Landraths von Colmar ist in dem ganzen Berichte nicht genannt. Ich hoffe, daß dieser Landrath dort polizeilich zu ermitteln sein wird. (Große Heiterkeit.) Bei einem späteren Proteipunkte werde ich Ihnen nachweisen, daß königliche Beamte dort polizeilich nicht zu ermitteln sind (Heiterkeit).

Es kommen nur eine große Anzahl weiterer Verstöße und Ungeheßlichkeiten von Behörden vor, natürlich nicht aus böser Absicht, sondern wegen der Unbegreiflichkeit der betreffenden Gesetzesstellen. (Heiterkeit.) Der Bürgermeister von Schneidemühl hat eine rechtzeitig für den 12. Januar 1890 angemeldete Versammlung verboten, weil er die Anmeldung erst 23 Stunden vorher gelesen habe. Er habe nicht nötig, die Eingaben sofort zu lesen, sondern erst wenn er Zeit dazu habe. (Hört! hört! links.) Ich beantworte die eidlische Vernehmung des Zimmermanns Fahlphal, um welche Stunde er die Anmeldung in den Briefkasten des dortigen Rathhauses gelegt hat. Ferner wurde eine Versammlung in der Nähe von Schneidemühl nicht gestattet trotz rechtzeitiger Anmeldung, weil der Distriktskommissar angeblich nicht gewußt habe, ob die Versammlung unter freiem Himmel stattfinden solle. Dabei war Name und Nummer des Gutes, auf welchem die Versammlung abgehalten werden sollte, angegeben. Der Distriktskommissar hatte also offenbar nur annehmen können, daß die Versammlung vielleicht auf dem Dache des Gutes stattfinden solle. (Heiterkeit.) Eine Versammlung in Schneidemühl wurde aufgelöst, weil angeblich Lehrlinge zugegen sein sollten. Als der Vorsitzende der Versammlung den Polizeikommissar aufforderte, ihm auch nur einen Lehrling zu zeigen, erhielt er die Antwort: Suchen Sie sie sich selbst. (Heiterkeit.) Das Schönste an der Sache aber ist, daß in einem Nebenraume des Versammlungslokals der Bürgermeister von Schneidemühl sich aufhielt und dem Polizeikommissar mittheilen ließ, die Lehrlinge würden gleich kommen, und später: die Lehrlinge sind schon da! (Hört! hört!) Ein Bäckermeister soll auch dem Bürgermeister zu Gefallen einen Lehrling in die Versammlung designirt haben.

Das Schlimmste nun sind die tatsächlichen Mißhandlungen, die bei der dortigen Wahl auf der Tagesordnung waren. Mehrere jüdische Opfer der konservativen Begeisterung figuriren in dem Bericht. Zunächst der freisinnige Agitator Arbeiter Julius Dessau. Sobald der mit Stimmzetteln in dem Orte Schmieleau bei Schneidemühl sich sehen ließ, wurde er bald todt geprügelt, sogar mit dem Schulzenstock des Schulzen Busse selbst, was vielleicht eine Ehre sein sollte (Geisterzeit), und dann im Triumphzuge von dem Schulzen Busse, der fortwährend die Demofraten mit dem Tode bedrohte zur Polizei geführt. Der Schulze Busse wurde wegen der Mißhandlung später zu 14 Tagen Gefängniß verurtheilt, auf ein Gnabengefuch aber zu 20 M. Geldstrafe begnadigt. In dem Gnabengefuche war aber der mißhandelte Dessau wahrheitswidrig ein „sozialdemokratischer

Agitator genannt. Wer die Gnade des Königs anruft, sollte doch vor allem sich streng an die Wahrheit halten (Sehr wahr!). Ich beantrage hier die weitere Feststellung der Thatsachen.

In frühere Jahren hat die Wahlprüfungskommission eine solche Wahl ohne weiteres annullirt, auch nur auf Grund der Punkte, welche die Wahlprüfungskommission für erwiesen erachtet hat. Die Wahlprüfungskommission geht von der Ansicht aus, daß, wenn auch der Arbeiter Julius Dessau halb todtegeprügelt wurde, sich doch leicht ein anderer Agitator gefunden hätte. Mit solchen Argumenten ist nicht zu kämpfen. Die Wahl ist von vornherein stigmatisirt mit dem Brandmal der Ungehebeltheit. Ich hoffe, daß das Haus in allen Parteien durch die Kassirung der Wahl seinen Sinn für Recht und äußeren Anstand beweisen wird. (Beifall links.)

Abg. **Mehnert** (t.): Die Rede des Abg. Träger war eine auf das Amüsament der Zuhörer berechnete Novelle. Ich könnte Ihnen auch manches Amüsante von der Wahl erzählen, könnte Ihnen sogar Illustrationen vorzeigen; denken Sie nur an die Abraham und Naaf, Ephraim und Dessau, die dabei eine Rolle spielen. (Abg. **Niefert**: Schöne Gründe das!) Und welche Unsummen Geldes sind von freisinniger Seite für die Wahlagitatio n ausgegeben; das Mindeste, was ich gehört habe, sind 36 000 Mark. (Große Heiterkeit links.) Ich könnte Ihnen von Telegrammen erzählen, die von freisinniger Seite unter dem Schein der Amtlichkeit an dem Morgen des Wahltages an sämtliche Schulzen des Wahlkreises versendet wurden, sie sollten sich der Wahlagitatio n enthalten. (Lachen links. Rufe: Au!)

Redner geht hierauf auf die Einzelheiten des Trägerschen Antrages ein und sucht das Unbegründete derselben aus Grund der Alten darzuthun. Die Feststellung, daß ein Mann für das Notiren der Wähler vom Landrath 3 Mark erhalten habe, würde nichts beweisen, wenn nicht auch bewiesen wird, daß dies Geld aus der Preiskasse genommen wird. Ebenso hält Redner auch die sonstigen Vernehmungen nicht für wünschenswerth; man müsse doch zunächst bis zum Beweise des Gegentheils annehmen, daß die Beamten gesetzlich gehandelt haben. Daraus, daß Privatsekreter des Landraths sich an der Verlesung der Stimmzettel beteiligten, folge nichts für das Ergebniß der Wahl selbst. Die Versammlungsverbote sind nach Ansicht des Redners von keinem Belang gewesen, da noch später Versammlungen abgehalten wurden. Die Strafverhandlung wegen der Mißhandlung des Arbeiters Desjau gebe den Reichstag nichts an, weil sie erst nach der Wahl erfolgt sei; es sei auch nicht Sache der Wahlprüfungskommission, Gnadengesuche zu prüfen. Die wenigen erwiesenen Fälle von gelegentlicher Stimmzettelertheilung durch Beamte würden hier in unzulässiger Weise aufgebauscht. — Redner begründet sodann seinen Antrag im ersten Theile mit dem Hinweis auf entsprechende Bestimmungen des Strafgesetzbuches, im zweiten Theil damit, daß sonst die Vernehmungen einen zu großen Umfang annehmen würden. Durch zu häufige eidlche Vernehmungen würde die Heiligkeit des Eides herabgelekt.

Abg. **Auer** (S.-D.): Der Vorredner hat überall, wo er sich auf die Akten berufen hat, falsch zitiert. (Hört! hört!). Er hat merkwürdiger Weise gar nicht gewußt, daß die Akten der Staatsanwaltschaft über den Fall Bussie gar nicht vorhanden sind; obgleich das sogar in dem Berichte der Kommission steht; er hat also nicht einmal diesen studirt. Herr Mehnert sollte sich als nicht mit Federn zieren, die ihm nicht gebühren. So find ihm noch weitere Malheurs passiert. Daß die Wahl des Herrn v. Colmar allein durch die Agitation des Landraths und der Schulzen möglich gewesen ist, ist eine so offenkundige Thatfache, daß man wirklich konservativ sein muß, um sie zu leugnen. — Medner geht sodann auf die einzelnen Punkte des Wahlprotokolls ein und führt zunächst aus, daß die Anwesenheit von Lehrlingen an sich überhaupt gar kein Grund für eine Auflösung einer öffentlichen Wahlversammlung sei. Das wäre noch schöner, wenn Versammlungen immer in der Weise aufgelöst werden könnten. Es würde dann ja nur darauf ankommen, Maß der betreffende Polyzist unter Lehrlingen verstehe. Wenn ein Polyzist alle bildungsfähigen Menschen inklusive des Abg. Mehnert für Lehrlinge hält, so kämen wir aus den Versammlungsaufösungen gar nicht heraus. (Gelächter). Das Verhalten des Bürgermeisters von Schneidemühl sei in jeder Weise unzulässig gewesen. Er habe die freisinnige Partei in ganz unerhörter Weise terrorisiert. Was dort vorgenommen sei, sei nur dadurch erklärlich, daß der Wahlkreis weit nach Osten, nach Rußland zu liege. Daher komme es ja auch, daß dort noch Arbeiter freisinnige Agitation betrieben, denn Arbeiter waren es trotz der Namen, Abraham, Desjau u. s. w., an denen Herr Mehnert Anstoß nahm. Ich weiß nicht, welche Erfahrungen in politischer oder geschichtlicher Beziehung Herr Mehnert mit Trägern solcher Namen gemacht hat. Angenehme können es nicht gewesen sein, da er auf sie so böse ist. Es scheint also doch, als ob es doch noch schlauere Leute giebt als Herr Mehnert (Gelächter), obgleich die Sachen ja sonst in dem Ruze stehen, beste zu sein.

Knebner geht sofort auf das Gnabengesch des Schützen Wisse ein, welches faulstichige Lügen enthalten habe. Der Antrag Träger, daß das Altenmaterial der Staatsanwaltschaft vorgelegt werde, sei vollkommen berechtigt. In konservativen Kreisen scheint man überhaupt sehr viel mit Lügen zu operiren. Die „Kreuzztg.“ von gestern Abend erklärt ausdrücklich, daß sogenannte Konserervative bei dem letzten Vorgang im preussischen Kultusministerium dem Kaiser etwas vorgelogen hätten. (Hört! hört!) Die Staatsanwaltschaft müsse in dem Verdacht sein, von den Lügen in dem Gnabengesch gewußt zu haben. . . (Vizepräsident **v. Ballestrin**) erklärt einen solchen Vorwurf gegen eine solche Behörde für unzulässig und es liege im Interesse der Staatsanwaltschaft selbst, daß durch die Vorlegung der Akten sie von diesem Verdacht gereinigt werde. Die konservative Partei sei es ihrer eigenen Ehre schuldig, die Wahl zu kassiren.

Abg. **Bahn** (son.): Die konservative Partei hält zur Kassirung der Wahl keinen Grund für vorliegend. Die von den Abgg. Träger und Auer angeführten Gründe geben keinen Anlaß zur Einforderung der Akten der Staatsanwaltschaft und zu weiteren Vernehmungen. Das würde eine Einschränkung des Begnadigungsrechtes des Kaisers bedeuten, der seine Verichte einfordern kann.

von wem er will. Es ist nicht nachgewiesen, daß bei dieser Wahl der Wille der Wähler nicht zum Ausdruck gekommen ist. Nach Herrn Träger herrscht dort überhaupt eine oberdramatische Wahlbeeinflussung, die auch jede künftige Wahl ungültig machen würde. In einigen Fällen sind Mißgriffe vorgekommen, in anderen nicht. Der Schein vor, aber Herr v. Colmar wäre auch ohnehin gewählt worden. Auch deutschfreisinnigerseits ist man über das Maß hinausgegangen mit anonymen Telegrammen an die Schulzen, die den Wähler leiten, in welchen grobe Unwahrheiten enthalten waren, die sich keine anständige Partei zu Schulden kommen lassen sollte.

Abg. **Gröber** (Ztr.) beantragt, den Kreissekretär **Wers**  
czewski nicht eideichl. vernehmen zu lassen und befürwortet somit  
den Eventualantrag Träger.

Abg. **Träger** (bf.) zieht den Theil seines Antrages, welcher auf Einforderung der Akten der Staatsanwaltschaft gerichtet ist, zurück.

Abg. **Schneuer** (Hamm, n.) schließt sich dem Kommissionsantrage mit dem Antrage Gröber an und erklärt die Anträge Träger für unannehmbar. Die Vernehmung des Sanbdraths habe keinen Zweck, da man es dem Landrath nicht verwehren könne, als Privatmann in seinen Wohnräumen und aus seinem Privatvermögen Wahlagitation zu treiben. Ebenso seien die anderen Punkte unerheblich.

Abg. **Ricker** (sf.) zieht mit Rücksicht auf die Zustimmung des Abg. Gröber zu dem Eventualantrage Träger des Prinzpalantrags Träger auf Kassirung der Wahl zurück. Redner wendet sich sodann gegen die Ausführungen der Abg. Wehnert und Bahn und erklärt die Behauptung, daß für die freisinnige Wahlagitation 136 000 Mk. ausgegeben sei, für ein Märchen. Die freisinnige Agitation sei eine ganz harmlose gewesen gegenüber den Verbisden und Infamien gegen die freisinnige Partei. In Bezug auf die Auflösung der Wahlverlammlung in Schneidemühl wegen Anwesenheit von Wehringen habe Abg. Auer Recht; der betreffende Polizeibeamte habe gescheitridt gehandelt und müsse deswegen relativirt werden. (Beifall.)

Darauf wird der Antrag Mehrnert abgelehnt, ebenso der erste Punkt des Eventualantrages Träger (betreffend Zahlung durch den Landrat für das Motiv der Wähler) in einer durch Auszählung erfolgten Abstimmung mit 112 gegen 117 Stimmen. Die übrigen Teile des Antrages Träger, sowie der Antrag Gröber werden angenommen: mit den Stimmen der Freisinnigen, Sozialdemokraten und der Mehrheit des Zentrums.

Es folgen **Petitionen.**  
Eine Petition auf Erweiterung des § 100e der Gewerbeordnung, welche von den Innungen die Errichtung von Fachschulen verlangt, wird entgegen dem Kommissionsantrage auf Ueberweisung an die Regierung zur Kenntnissnahme auf Antrag Hartmann durch Uebergang zur Tagesordnung erlegt, ebenso Petitionen rheinischer Notariatsgehilfen wegen Regelung ihrer Dienstverhältnisse.

Eine Petition wegen Vollermäßigung für die zur Gas-  
erzeugung verwandten Oese wird an die Regierung als  
Material verwiesen.

Eine Petition von Ziegelarbeitern auf Aufhebung ihrer Doppelbesteuerung, welche gegenwärtig an ihrem Wohnorte und dem Arbeitsorte stattfindet, wird nach kurzer Befürwortung seitens des Abgeordneten Buddeberg (fr.) der Regierung zur Erwägung überwiesen; ebenso eine Petition wegen Schutzes der deutschen Küstenschifffahrt.

Eine Petition des Zentralausschusses der vereinigten Innungsverbände Deutschlands verlangt die Aufnahme einer Bestimmung in die Gewerbeordnung, wonach nur derjenige zur Führung des Meistertitels berechtigt ist, der vor einer Innung oder einer staatlichen Kommission die Meisterprüfung abgelegt hat, wird der Regierung zur Kenntnissnahme überwiesen.

Eine Petition verlangt Aufnahme einer Bestimmung über das Jagdrecht und den Erjaz von Wildschaden in das bürgerliche Gesetzbuch.

Die Commission beantragt Ueberweisung der Petition an die Regierung als Material.

Ein Antrag v. Bar (dfr.) verlangt Ueberweisung zur Berücksichtigung.

Abg. **Pachnise** (fr.) befürwortet diesen Antrag mit dem Hinweis auf die Nothwendigkeit, in dieser Frage endlich einmal aus dem Wirrwarr der Landesgesetzgebung herauszukommen. Die verschiedenen Bundesstaaten hätten eine durchaus verschiedene Gesetzgebung. Am schlimmsten sei es in Mecklenburg, wo noch das mittelalterliche feudale Recht herrsche. Es würde durchaus leicht sein, eine Bestimmung über diese privatrechtliche Frage in das bürgerliche Gesetzbuch aufzunehmen. Es handle sich hier um die Erbtizn von Hunderttausenden. Der Bericht der Petitionskommission zeige die nothwendig eine Regelung dieser Frage sei, indem sie Beispiele anführe, wonach die Erbtizn mancher Besitzer durch den Mangel eines Wilschadengeiebes namentlich in Mecklenburg, wo der Großgrundbesitzer die Alleinherrschaft habe, zu Grunde gerichtet sei. Der kleine Bauer aus Mecklenburg verlange Schutz vom Reiche, da er ihn in seinem Lande zu beanpruchen leider kein Recht hätte. Gerade die konservative Partei müsse für den freisinnigen Antrag stimmen. Geben Sie dem deutschen Landwirth ein Recht auf den Ertrag seiner Arbeit. (Beifall links.)

Abg. v. Pfeifen (Zentr.) hält weder für den Kommissionsantrag noch für den Antrag v. Bar ein Bedürfnis als vorliegend. Er protestirt dagegen, daß die Interessen des großen und kleinen Grundbesizes nicht die gleichen seien und beantragt Ueber-  
ganga zur Tagesordnung über die Petition.

Abg. **Goldschmidt** (fr.): Wenn der Borredner nicht im süddeutschen Dialekt spräche, könnte man glauben, man sei im preussischen Abgeordnetenhaus (Sehr wahr!) Die Kommission für das bürgerliche Gesetzbuch wird sich auf Anregung einiger Mitglieder derselben mit der Frage demnächst beschäftigen.

Abg. **Busing** (nail.) wendet sich ebenfalls gegen den Abg. v. Pfetten. In Mecklenburg bestehe ein sehr scharfer Gegensatz zwischen den Interessen des großen und kleinen Grundbesitzes, speziell in Bezug auf das Jagdrecht. In Mecklenburg könne man



sch auf ein Wilschadengesetz keine Hoffnung machen, da allein die Inhaber von Jagdberechtigungen dort die Gesetze machen. Im übrigen hält Redner den Kommissionsantrag für genügend.

Der Kommissionsantrag wird hierauf angenommen unter Ablehnung der Anträge Dr. v. War und Frhr. v. Pletten.

Eine Petition des Bundes deutscher Buchbinderinnungen betr. (Aufhebung des 1. Abganges des § 100 m der Gewerbeordnung, Ausdehnung der Unfall- und Altersversicherung auf die Arbeitgeber) wird durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt, ebenso eine Petition um unverzügliche Bewilligung der Pensionserhöhung für invalide Offiziere der Feldzüge.

Eine Petition wegen anderweitiger Regelung des Apothekerwesens wird dem Reichskanzler zur Kenntnisknahme überwiesen.

Eine Petition, betreffend Rückerstattung der Verbrauchsabgabe für amtlich denaturierten, im freien Verkehr befindlichen gemauerten Branntwein, wird der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen, desgleichen eine Petition, betreffend die Zoll auf Petroleum und Petroleumfässer, sowie die Verzollung von amerikanischem Bockfleisch.

Darauf verlagte sich das Haus auf Mittwoch 12 Uhr (Weingeseß, Nachtragssatz, Petitionen.)

Schluß 5 Uhr.

## Preussischer Landtag.

### Abgeordnetenhaus.

39. Sitzung vom 22. März, 11 Uhr.  
(Nachdruck nur nach Uebereinkommen gestattet.)

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Berathung der Denkschrift betr. den **Dortmund-Ems-Kanal**.

Dazu liegt eine Resolution Graf v. Kanitz vor, daß das veränderte Projekt nur dann zur Ausführung komme, wenn die Mehrkosten von 4 770 000 M. von den Interessenten getragen werden.

Abg. **Schmieding** (nl.) erkennt die Veränderungen des Projekts als Verbesserungen an. Diese Veränderungen kämen dem später zu erbauenden Mittellandkanal zu gute, und es wäre erwünscht, wenn die Regierung über den Stand der Vorarbeiten für diesen Mittellandkanal Auskunft geben würde. Der weitere Ausbau der Wasserstraßen werde für Handel und Industrie von großer Bedeutung sein. Im Einzelnen wünscht Redner die Schleusenbrücken so eingerichtet, daß eine spätere Erweiterung des Kanals ohne bedeutende Kosten erfolgen kann. Die ernsthafte Inangriffnahme des Kanalbaus werde dazu beitragen, die Zahl der Arbeitslosen zu vermindern.

Abg. **Dünkelberg** (nl.) begrüßt den endlichen Bau des Kanals insbesondere mit Rücksicht auf seinen Nutzen für die Landwirtschaft. Der Kanal werde vorbildlich sein für den weiteren Ausbau des Kanalnetzes in Preußen. Gleichzeitig mit dem Bau des Kanals müsse auch eine Kanalisierung der Ruhr erfolgen, damit nicht durch Verunreinigung des Kanals infolge der anliegenden Fabrikbetriebe eine Schädigung der Landwirtschaft erwachse.

Minister der öffentlichen Arbeiten **Thielen** theilt mit, daß das Projekt dem Landwirtschaftsminister vorgelegt sei und seine Billigung gefunden habe. Die Denkschrift über den Dortmund-Emskanal sowie über den Breslauer Kanal ist nur deswegen dem Landtage vorgelegt, um diesem Kenntniss zu verschaffen über den Stand unserer Wasserstraßenverhältnisse. Die Vorlegung hat um so eher stattfinden müssen, als die früheren Projekte Änderungen erfahren haben, die mit Mehrkosten verbunden sind. Diese Änderungen werden wesentlich das Ziel erreichen helfen, welches man sich mit dem Kanalbau gesteckt hat. Die Abmessungen des Dortmundkanals sind größer als die irgend einer Wasserstraße der Welt. Die Tiefe beträgt auf der ersten Strecke 3 Meter. Größere Dimensionen nach Breite und Tiefe können nicht genommen werden, weil das Wasser zur Ausfüllung fehlen würde. Eine solche Vergrößerung der Dimensionen würde auch eine Vergrößerung aller Baumwerke, Brücken u. dgl. und damit Mehrkosten zur Folge haben, welche es fraglich erscheinen lassen, ob der wirtschaftliche Nutzen mit dem Aufwand im richtigen Verhältnis steht. Wird eine Abänderung des Projekts beschlossen, so kann die Inangriffnahme der Arbeiten erst im nächsten Jahre erfolgen, während aber, wenn Sie die Grundzüge der Denkschrift gut heißen, die Arbeiten schon in den nächsten Wochen vorgenommen werden können.

Abg. Graf v. **Kanitz** (kons.) glaubt, daß man bei der jetzigen Finanzlage des Staates die Bedürfnisfrage erst genau prüfen müsse, ehe man so große Summen bewilligt. Das jetzt geänderte Projekt habe große Mehrkosten zur Folge, und es sei wunderbar, daß Geldbewilligungen vom Landtage verlangt werden nicht auf Grund eines Gesetzes, sondern einer Denkschrift. Bei der seit 6 Jahren stattgehabten Steigerung der Löhne und Rohmaterialienpreise werde die ausgelegte Summe keinesfalls reichen. Man müsse um so vorsichtiger verfahren, als die Vorlage über den Dortmund-Emskanal nur von geringer Majorität angenommen wurde. Es geschah das nur durch eine Verkoppelung dieses Projekts mit dem Ober-Sprekanal. Es bestand auch damals zwischen dem Gesetz über den Dortmund-Emskanal im Landtage und dem Branntweinsteuergesetz im Reichstage ungefähr derselbe Zusammenhang wie zwischen Handelsverträgen und Schulvorlage heute. So kam es, daß nicht alle Gemüther unbefangenen genug an die Sache herantraten. Die Lage der Kohlenindustrie sei heute viel besser als früher, wo der Bau des Kanals beschlossen wurde.

Finanzminister Dr. **Miquel** betont, daß es sich hier nicht um ein Gesetz handle, sondern nur um eine Denkschrift, die über das veränderte Projekt Kenntniss gebe. Sollten durch die Änderungen wirklich Mehrkosten entstehen, so übernehmen die Minister die Verantwortlichkeit, und sie können die Verantwortlichkeit um so eher übernehmen, wenn die Volksvertretung das veränderte Projekt billigt. Die Regierung ist also sehr loyal verfahren. Der Vorredner hat mehr gegen den Kanal überhaupt als gegen das veränderte Projekt gesprochen. Man kann ja darüber verschiedener Meinung sein, ob der Kanal notwendig ist. Für uns scheidet aber diese Frage aus, nachdem einmal das Gesetz über den Bau des Kanals erlassen ist. Der Kanal hat auch seinen Nutzen nicht bloß für die Kohlenausfuhr nach dem Auslande, sondern in Verbindung mit dem Mittellandkanal einen Nutzen für die billigere Beförderung von Kohlen nach dem Inlande. Ich bitte die vorgelegte Denkschrift zu genehmigen und den Antrag v. Kanitz abzulehnen.

Abg. Dr. **Sammacher** (ntl.) schließt sich diesem Wunsche an. Der Antrag des Grafen v. Kanitz ist geeignet, die Arbeit weit hinauszuweisen. Die Kostenaufstellung ist in einer Zeit erfolgt, in der die Löhne und Materialienpreise gerade besonders hoch waren. Da Hoffnung vorhanden ist auf ein Sinken der Preise, so werden sich schließlich Erparnisse herausstellen. Wozu der Antrag, der ganz ungewohnt und unfunktionell ist? Was würde Graf Kanitz sagen, wenn sich beim Bau einer Sekundärbahn die Notwendigkeit von Mehrausgaben herausstellen würde, und wir verlangen würden, daß die Bahn nur dann gebaut würde, wenn die Interessenten die Mehrausgaben erliegen? Graf Kanitz hat niemals einem Gefühle des Unbehagens darüber Ausdruck gegeben, wenn für die armen Landestheile Eisenbahnen gebaut werden. Er kämpft nicht mit lokalen Waffen, wenn er nunmehr gegen einen Kanalbau im Westen sich wendet.

Abg. **Schoeller** (frk.) hofft, daß im Interesse einer billigeren

Beförderung der landwirtschaftlichen Produkte von Osten nach Westen das Kanalnetz durch den Bau des Mittellandkanals im Anschluß an den Dortmund-Emskanal erweitert werden würde.

Abg. **Serold** (Ztr.) spricht sich gegen den Antrag Kanitz aus, da man nicht berechtigt sei, den Interessenten die durch die Aenderung des Projekts nothwendig werdenden Mehrausgaben aufzuerlegen.

Abg. Graf v. **Kanitz** weist den Vorwurf, daß er sich nicht loyaler Wesen bedient habe, zurück. Er sei stets loyal gewesen. Der Vergleich des Abg. Sammacher mit den Sekundärbahnen treffe nicht zu, denn die erste Voraussetzung für den Bau einer Sekundärbahn sei die unentgeltliche Abtretung von Grund und Boden. Bei allen Wasserstraßen tragen Staat und Interessenten die Kosten gemeinsam, nur beim Dortmund-Emskanal werde eine Ausnahme gemacht, weil die Interessenten zu reich seien (Heiterkeit).

Nach uneventlicher weiterer Debatte wird der Antrag Kanitz gegen die Stimmen einiger Konservativen und Centrumsmitglieder abgelehnt und die Denkschrift durch Kenntnisknahme für erledigt erklärt.

Es folgt die Berathung der Denkschrift, betr. die Durchführung des Großschiffahrtsweges durch den Breslauer Stadtbezirk.

Abg. **Schöller** (frk.) betont die Wichtigkeit dieses Kanals für Breslau im besondern und Schlesien überhaupt. Der Handelsverkehr der Stadt werde dadurch gehoben werden.

Abg. **Szmulca** (Ztr.) glaubt, daß auch die sanitären Verhältnisse Breslaus bei der Durchführung des Kanals gebessert werden würden. Wünschenswert wäre es, daß die Schleusen vergrößert werden, da eine Vermehrung der Schifffahrt auf der Oder auch die Benutzung größerer Dampfschiffe zur Folge haben werde.

Nach einigen weiteren Bemerkungen wird die Denkschrift durch Kenntnisknahme für erledigt erklärt.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung: Mittwoch 11 Uhr (Petitionen.)

Schluß 2½ Uhr.

### Herrenhaus.

3. Sitzung vom 22. März, 1 Uhr.

Das Haus genehmigt in einmaliger Schlußberathung die Novelle betr. die Kommunalbesteuerung von Militärxpersionen und den Entwurf betr. Aufhebung älterer Bestimmungen der Provinz Hessen-Nassau über die Unterjochung des Schlachtviehs.

Zu dem Entwurf betr. die Sonntagsheiligung in den Provinzen Schleswig-Holstein, Hannover, Hessen-Nassau und den hohenzollernischen Landen führt

Graf **Kindowitrow** aus: Ich möchte meinem lebhaften Bedauern darüber Ausdruck geben, daß wir den Kultusminister nicht mehr an seinem Platze sehen (Zustimmung), einen Kultusminister, von dessen regem und warmen Gefühl ich für die hier vorliegende Frage und für die kirchlichen Dinge überhaupt viel erhoffte (Erneuter Beifall). Wenn meine Stimme hinausdringen könnte in das Land, so würde sie begeistert Widerhall finden, nicht etwa aus dem Herzen liberaler Zeitungsreiber, wohl aber aus den Herzen derjenigen, die das Wesen der Kirche erkannt haben, und die verstehen, daß eine kirchliche und christliche Schule nothwendig ist zur Erziehung der Jugend in Gottesfurcht und Königstreue.

Hierauf wird auch diese Vorlage in einmaliger Schlußberathung angenommen, ebenso die Vorlage betreffend den Anschluß der Kirchengemeinde Helgoland an die evangelisch-lutherische Kirche der Provinz Schleswig-Holstein.

Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr (Kleinere Vorlagen.)

Schluß gegen 3 Uhr.

## Deutschland.

□ **Berlin**, 22. März. Ein charakteristisches Bild von der Schwierigkeit der Situation geben eben die Meldungen des Wolff'schen Telegraphenbureaus, die in diesem Falle als hochoffizielle und authentische Rundgebungen der Regierung angesehen werden dürfen. Wenn man sagt „der Regierung“, dann muß allerdings der Leser um duldsame Entschuldigungen gebeten werden. In diesem Augenblick vermag Niemand zu sagen, in welcher Person, abgesehen natürlich vom Träger der Krone, der dabei außer Betracht bleibt, der Regierungswille sich den Parteien und dem Lande gegenüber verkörpert. Es ist ein Hinderniß von Meinungen und Strebungen aller Art, und daß die jetzt erfolgte formale Lösung der Krise keine wirkliche Lösung ist, darüber braucht man sich kaum noch weiter auszulassen; es ist mit der Konstatierung dieser bedauerlichen Thatsache nur gesagt, was alle Welt denkt und sagt. Die Unklarheit der Situation nun prägt sich in den verschiedenartigen Meldungen des Wolff'schen Bureaus deutlich aus. Erst gestern Abend verbreitete der offiziöse Draht, daß der Vorschlag, die Stellungen des Reichskanzlers und des preussischen Ministerpräsidenten zu trennen, zwar zur Sprache gekommen, aber nicht weiter verfolgt worden sei. Im Abgeordnetenhaus und im Reichstage stand man freilich nur kurze Zeit unter dem Eindruck dieser Nachricht, die, noch während sie auftauchte, sofort durchkreuzt wurde durch die Wiederaufnahme der Meldungen, wonach es denn doch bei der Trennung beider Ämter vorläufig sein Bewenden behalten sollte. Dies letztere Arrangement nun ist auch wirklich dasjenige geblieben, auf dessen Grundlage sich die nächste politische Entwicklung zu vollziehen haben wird. Graf Caprivi tritt genau in dasselbe Verhältniß zum preussischen Staatsministerium, wie es während einiger Monate des Jahres 1873 Fürst Bismarck gethan hat: Er bleibt Reichskanzler und wird dem Staatsministerium Preußens nur als Minister der auswärtigen Angelegenheiten angehören. Es ist erwiesen, daß Graf Caprivi diesen Vorschlag am Sonntag dem Kaiser in Hubertusloos gemacht hat. Es ist aber ferner erwiesen, daß gestern doch wieder starke Bedenken an der Zuträglichkeit einer derartigen Lösung auftraten, und daß sie eine Zeit lang erheblich genug schienen, um die kaum getroffene Vereinbarung wieder über den Haufen zu werfen. Hiernach kann man sich vorstellen, mit wie wenig Vertrauen auch die leitenden Persönlichkeiten, vom Grafen Caprivi angefangen, auf die neugeschaffene Lage blicken. Es steht heute so wie gestern und vorgestern, und es wird noch eine geraume Zeit so stehen, daß die schwächliche Vorbedingung für die Trennung der Ämter der baldige Schluß der Reichstagsession ist. Müßte Graf Caprivi im Reichstage Rede und Antwort stehen, wenn die Ultramontanen auf die

neue Lage drückten, dann würde sich sehr bald herausstellen, daß es auf diese Weise nicht geht. Um diese Unbequemlichkeit allerdings kommt Graf Caprivi herum, aber was ihm und den preussischen Ministern erspart bleiben wird, für jetzt wenigstens, das wird das Staatsministerium im Abgeordnetenhaus, vielleicht sogar im Herrenhaus, in reich bemessenem Grade über sich ergehen lassen müssen. Und doch zeigen sich auf der anderen Seite wieder die Ansätze zu einer wenigstens für die nächste Zeit möglichen Beschwichtigung der erregten Leidenschaften. Wenn die Liberalen in beiden Lagern die Dauer des bis jetzt abgeschlossenen Kompromisses nur kurz bemessen, so ist das ein objektives Urtheil, das seine beste Begründung aus den Erfahrungen einer früheren Zeit und aus der Unmöglichkeit der gegenwärtigen staatsrechtlichen wie politischen Situation schöpft. Die Absicht, die Sachlage durch stärkeres Drängen zu komplizieren, besteht auf dieser Seite nicht. Man ist mit dem Erreichten zufrieden, und man darf es sein, umso mehr, als die Ereignisse schon selber dafür sorgen werden, daß das Begonnene in konsequenter Linie sich fortentwickelt. Nicht ganz so einfach, selbstverständlich, verhält sich die Situation vom konservativen und vom Centrumstandpunkt aus betrachtet. Aber auch hier begegnet man plötzlich, obwohl nicht unermuthet, gewissen Tendenzen, die darauf hinausgehen, wenigstens für den Augenblick keine Erschwerung der Lage herbeizuführen. Der „Westf. Merk.“, das Organ des Herrn v. Schorlemer-Alst, fängt sogar schon an, sich zu trösten. Dies Blatt schreibt: „Der Schulgesetzentwurf stand nach wie vor auf des Messers Schneide, und wenn er jetzt nicht Gesetz wird, so haben wir auch hier kaum etwas verloren.“ Andererseits freilich tobt die „Köln. Volksztg.“ weiter wie bisher; sie behauptet, daß dem Centrum als politische Partei die Ebenbürtigkeit nur dann zuerkannt wird, „wenn es sich um gleichgiltige Dinge oder ums Geldbewilligen handelt.“ Aber es ist doch nicht gleichgiltig, daß gerade der „Westf. Merkur“ einlenkt. Dies Organ vertritt das liberale Agrariertum, und wie Schorlemer-Alst, so mögen wohl auch die Quene und Ballestrin denken. Diese Herren machen gar nicht den Eindruck, als ob sie eine besondere Energie in der Bekämpfung der Regierung entfalten könnten oder wollten. Sie sind durch ihre Vergangenheit, wie durch ihre jüngste Gegenwart engagiert, und sie wären nicht gouvernemental geworden, wenn nicht in der Partei die Strömung mächtig gewesen wäre, die sie auf diese Bahn getrieben hat. Jedenfalls liegen im Centrum, aber auch auf der Rechten Stimmungen und Tendenzen im heftigen Streite. Aber auch die „Kreuzztg.“ wiegelt allmählich ab. Bis gestern hat sie dem Grafen Caprivi vorgestellt, daß er unmöglich bleiben könne; heute schreibt sie: „Graf Caprivi hat auf den Appell des Kaisers an seinen Royalismus und Patriotismus ein so schweres Opfer gebracht, daß man ihm persönlich die höchste Anerkennung schuldet.“ Im Munde der „Kreuzztg.“ ist das immerhin etwas. Die wahre Meinung der „Kreuzzeitungs“-Leute giebt freilich Herr Stöcker viel besser wieder, wenn er in einer konservativen Volksversammlung ausruft: „Wir haben nicht eine Krisis, sondern eine politische Katastrophe von der verhängnisvollsten Bedeutung erlebt.“ Aber die Rechte scheint in allen Gliedern gewillt, momentan die taktischen Bedürfnisse der Partei stärker zu berücksichtigen, als ihr eigentliches Fühlen und Wollen.

— Finanzminister Miquel hat erst vor einigen Tagen im Abgeordnetenhaus auf die Frage des Abg. Rickert, wie sich die Erträge des neuen Einkommensteuergesetzes stellen, geantwortet, er glaube, wir würden annähernd auf den Betrag kommen, den er schon bei der Berathung des Gesetzes als möglich bezeichnet habe; d. h. auf ein Mehr von 15 Mill. Mark. Der Finanzminister hat sich geirrt. Die Mittheilungen der Behörden, welche zum 20. d. erwartet wurden, scheinen doch ziemlich vollständig eingetroffen zu sein; denn der „Reichsanzeiger“ ist heute schon in den Stand gesetzt, „vorläufig“ mitzutheilen, „daß nach den erst in den letzten Tagen eingegangenen vorläufigen Anzeigen das Gesamtergebnis der Veranlagung sich voraussichtlich günstiger gestalten wird, als im Finanzministerium bisher angenommen werden konnte.“ Nach der „N. L. R.“ soll sich, wie schon im Morgenblatt gemeldet, die Mehreinnahme angeblich auf 40 Millionen Mark belaufen.

**Aus Sachsen**, 21. März. Die Mittweidaer Aerzte haben zu den Ortskrankenkassen ihre Beziehungen abgebrochen. Sie wollen angeblich selbst bei schweren Erkrankungsfällen den Mitgliedern keine Hilfe leisten. Der Grund des Zwistes liegt in den Honorarverhältnissen. Die Aerzte verlangen von der Kasse für jedes Mitglied 3,50 Mk. Honorar, diese will aber nur 2 Mark zahlen. Jetzt sucht der Vorstand einen auswärtigen Arzt herauszugeben.

**München**, 22. März. Der Finanzausschuß genehmigte in seiner gestrigen Sitzung folgende Positionen: 1 438 000 Mk. für Erweiterung des Bayerischen Bahnhofes in Eger, 5 048 000 Mk. für den Nürnberger Centralbahnhof, dessen Neubau in Zukunft noch weitere 7 Millionen Mark erfordert, 754 000 Mk. für die Fortsetzung der Weichen- und Signal-Centralanlagensystem nebst 1 896 000 Mk. für dazu erforderliche Stationsbauten, 3 620 000 Mk. zur Erweiterung mehrerer Stationsanlagen und für Einrichtung von Stationen, für den Traunsteiner Bahnhofsbau noch besonders 42 000 Mk.

### Rußland und Polen.

8 **Riga**, 19. März. [Orig.-Ber. der „Rij. Ztg.“] Meine Nachricht von der Verurtheilung der estländischen Pastoren Lezius, Rinne und Bezold durch das Revaler Friedensrichtersplenum bedarf einer Berichtigung. Neben dem Gesetzesparagrafen, wonach den Herren Pastoren ein Verlaß von nichtreligiösen, didaktischen Druckschriften an die Gemeindeglieder gestattet ist, besteht die Bestimmung, daß von den Pastoren hierzu eine Konzession von dem Konfistorium einzuholen sei und da die verurtheilten, auf dem Lande wohnenden Pastoren zur Gerichtsverhandlung nicht erschienen



waren und eine Konfistorial-Konzeption, obgleich sie eine solche besitzen, nicht eingekandt hatten, hat das Friedensrichterplenum durch sein über die Pastoren gefälltes Strafurtheil das Gesetz direkt nicht verletzt. Diese Aufklärung, die übrigens auch dem hiesigen, für obiges Gerichtserkenntnis sich interessirenden Publikum Noth thut, verdanke ich einem der verurtheilten Pastoren selbst. — Der erste Zug mit 27 Waggons von der Ladung der „Indiana“ ging von Libau bereits in die Nothstands-gouvernements ab. Die Lokomotive war mit russischen und amerikanischen Flaggen geschmückt. Der Abfertigung des Zuges durch Mitglieder des höchsten Nothstandskomitees wohnten das Libauer Stadthaupt, die amerikanischen Konsuln, der aus Minsk eingetroffene Betriebschef der Libauer Bahn und andere Personen von Rang bei. Vom Publikum wurden dem Kapitän der „Indiana“ verschiedentlich begeisterte Ovationen dargebracht.

### Vermischtes.

† Ueber die Resultate der Tuberkulinbehandlung spricht sich der ärztliche Bericht der Direktoren des städtischen Krankenhauses am Urban in Berlin Prof. A. Fränkel und W. Kries, in dem soeben erschienenen Verwaltungsbericht für 1890/91 sehr ungünstig aus. Im Jahre 1891 sind nur noch wenige Patienten im Krankenhaus mit Tuberkulin behandelt worden, da einerseits die Patienten, resp. deren Angehörige sich vollkommen ablehnend dagegen verhielten, andererseits auch die gewonnenen Erfahrungen ein dringendes Bestehen ärztlicher Seits nicht statthaft erscheinen ließen. Es wurde in letzter Zeit vorwiegend mit ganz kleinen Dosen, Dezimilligramm bis einige Milligramm behandelt. Ein Fall von Heilung, die ganz ausschließlich, oder in hervorragendem Maße durch das Tuberkulin bewirkt worden wäre, war nicht zu verzeichnen. Besserungen, welche in dem Grade durch die bisher bekannten Heilmittel nicht zu erhoffen gewesen wären, sind erzielt bei Lupus; jedoch bestand bei allen derartigen Kranken eine sehr große Neigung zu Rückfällen, die auch durch sehr lange fortgesetzte Behandlung (bei einem Kranken jetzt 10 Monate) nicht zu unterdrücken waren. Bei den übrigen Formen der chirurgisch zu behandelnden Tuberkulose in Weichteilen, Knochen und Gelenken, wurde das Mittel gleichzeitig mit der üblichen chirurgischen Therapie in Anwendung gebracht. Die Fälle ließen einen deutlichen, heilenden Einfluss des Mittels nicht erkennen, denn sie verliefen nicht anders, als andere, die ohne Tuberkulin-Injektionen nur chirurgisch behandelt wurden. Dagegen wurden schädliche Nebenwirkungen nicht selten beobachtet, wie anhaltendes Fieber, das vor dem nicht bestand, Anämie, besonders bei Kindern, und Sinken der Körperkräfte. Zwei Patienten mit bereits vorgeschrittenen tuberkulösen Erkrankungen starben an ihren ursprünglichen Leiden, die Sektionen ließen keine deutliche Einwirkung des Mittels erkennen. Ein Kind starb an Hirnhautentzündung tuberkulöser Natur, die erst 3 Wochen nach den Injektionen auftrat. — Endlich starb ein Kranker mit Mastdarmtumor und Bronchitis, dem zu diagnostischen Zwecken Tuberkulin injiziert wurde und zwar 2 mgrm, 2 mgrm, 3 mgrm mit jebeimaliger 2 tägiger Pause, an Herzschwäche, die sich im Anschluss an die letzte Injektion von 3 mgrm entwickelte und durch kein Reiz- und Stärkungsmittel aufzuhalten war. Die Sektion ergab, daß keine Tuberkulose vorlag. Besonders dieser Fall war es, der die allergrößte Zurückhaltung und Vorsicht im Gebrauch des Mittels von da an zur Pflicht machte. Es wurden bis zum 1. April 1890 mit Koch'schen Injektionen in Summa 94 Kranke behandelt. Davon waren 9 nur der Tuberkulose verdächtig, die übrigen 85 aber mit ausgesprochener Lungentuberkulose befallen. 29 von den 85 ausgesprochenen Fällen stellten sich bei Beginn der Behandlung als leichte, 10 als schwere Erkrankungsformen dar; der Rest von 46 verhielt sich auf solche mittlerer Intensität. Bei 34 Kranken = 36 pCt. der Gesamtzahl von 94 konnte gar kein nennenswerther Einfluss der Behandlung auf das Grundleiden wahrgenommen werden; in 12 Fällen = 12,7 pCt. trat augenfällige Verschlimmerung ein. 6 Patienten nach zum Theil ziemlich lange fortgesetzter, schließlich aber aufgegebenen Behandlung tödtlich. Nach Ablauf des Berichtsjahres sind noch 6 weitere von den geimpften Patienten verstorben, darunter 2, welche während eines Zeitraums von über 60 und einer, welcher in einer Zeit von mehr als 90 Tagen mit Injektionen behandelt worden war. Endlich wurde bei 37 Kranken = 39,4 pCt. deutliche Besserung beobachtet, welche sich indessen weniger in Veränderung des physikalischen Lungenbefundes, als in Steigerung des Allgemeinzustandes äußerte, während bei 4 die Tuberkelbazillen im Laufe der Behandlung aus dem Auswurf verschwanden. Gleich günstige Erfahrungen, wie in diesen zuletzt aufgeführten 41 Fällen wurden aber unter dem Einfluss der im Krankenhaus bestehenden überaus guten hygienischen Verhältnisse und der den Patienten zu Theil werdenden sorgfältigen Pflege und Ernährung auch ohne Tuberkulininjektionen bei einfach robortirender Behandlung gemacht.

### Telegraphische Nachrichten.

**Kassel, 22. März.** Nach den letzten hier eingegangenen Meldungen sind in der Stadt Zinnenhausen insgesamt 60 Wohnhäuser mit 40 Nebengebäuden durch Feuer zerstört worden. Außerdem ist viel Vieh in den Flammen umgekommen. Das Feuer war um Mitternacht ausgebrochen. Heute früh wurde die Feuerwehr und Militär von hier requirirt, deren gemeinsamen Anstrengungen es gelungen ist, eine Weiterverbreitung des Feuers zu verhindern.

**Wien, 22. März.** Die „Pol. Corr.“ meldet aus Pest, daß die Delegationen schon im Laufe des Mai in Pest zusammentreten dürften.

**Pest, 22. März.** In der Generalversammlung der Stefan-Gesellschaft hielt der Fürstprimas Bazsary eine Rede, in der er namentlich die katholischen Schriftsteller der ganzen Welt zur Festhaltung an der der christlichen Lehre entsprechenden Duldbarkeit ermahnte, um so mehr, als in der letzten Zeit eine entgegengesetzte, bedauerliche, dem Geiste und den Traditionen der Kirche widersprechende Richtung sich einzuschleichen begonnen habe. Betreffs der Wegnahme seien nach dem vom Papste eingeholten Weisungen die Verhandlungen mit der Regierung noch schwebend; er hoffe auf die Lösung dieser Frage im Sinne der Erhaltung des Friedens zwischen dem Staat und der Kirche, obgleich er vom prinzipiellen Standpunkte der Kirche in keinem Falle abzuweichen könne.

**Petersburg, 22. März.** Der „Regierungsbote“ veröffentlicht nachfolgende Ernennungen:

Der dem Kaiser Wilhelm attachirt gewesene Generalmajor Graf Golenitschew-Kutujow ist zum interimsistischen Hofmarschall des kaiserlichen Hofes, der Bischof von Luzk, Kossowski, zum Erzbischof von Mohilew und zum Metropolit aller katholischen Kirchen Rußlands, der Prälat Symon zum Suffraganbischof des Mohilew'schen Erzbisthums, das Mitglied des Conseils der Reichs-

kontrolle Swastchenko zum Unterstaatssekretär im Verkehrs-Ministerium ernannt.

**Saag, 22. März.** In Beantwortung des Berichtes der Sektionen der zweiten Kammer über das Schlussprotokoll zur Antislaverei-Akte hat die Regierung erklärt, die nur partielle Ratifikation der Akte seitens Frankreichs erscheine ausreichend gerechtfertigt im Hinblick auf die große Bedeutung und das Gelingen der Antislaverei-Akte. Indem Frankreich die Beobachtung des Vertrages auf dem Meere unter französischer Flagge überwachen wolle, fühle sich dasselbe durch Artikel 9 der Berliner Kongress-Akte und das Uebereinkommen mit England vom Jahre 1867 gebunden.

**Paris, 22. März.** Der Handelsminister unterbreitete heute dem Ministerrath eine Gesetzesvorlage zur Genehmigung, durch welche die Beförderung von Gegenständen aller Art, deren Werth 2000 Franks und deren Gewicht 500 Gramm nicht übersteigt, durch die Post gegen Nachnahme eingerichtet wird. Durch die Vorlage soll die Organisation einer internationalen Beförderung von Sendungen gegen Nachnahme ermöglicht werden.

**Brüssel, 22. März.** (Repräsentantenkammer.) Bei der Beratung des Eisenbahnbudgets erklärte der Minister Van den Broereboom, es werde eine Herabsetzung der Tarife zu Gunsten der Kohlen-, der Metall- und der Glas-Industrie sowie der Landwirtschaft stattfinden. Für Kohlen werde die Herabsetzung etwa zwei Millionen Frcs. betragen. Die belgischen Tarife würden dann den ausländischen Tarifen gleich sein.

**London, 22. März.** Wie die „Times“ von gut unterrichteter Seite hört, würden die Vorschläge, welche die portugiesische Regierung gegenüber den Delegirten der auswärtigen Gläubiger gemacht hat, Abänderungen erfahren. Das Blatt glaubt, die portugiesische Regierung sei bereits davon informiert, wie es keineswegs wahrscheinlich sei, daß die in Aussicht genommene neue, durch die Sollennahmen zu gewährleistende Anleihe von Erfolg begleitet sein werde.

**Belgrad, 22. März.** Der Kriegsminister Bragoracetic hat seine Entlassung eingereicht, weil die Skupschtina eine von ihm auf eine Interpellation ertheilte Antwort bemängelte.

**Montreal, 22. März.** Der kürzlich begonnene Streik der Bediensteten der Kanada-Pacifichahn, westlich Winnipeg, dehnte sich heute auf der ganzen Linie von einem Ocean zum andern aus. Seit Sonntag ist kein Personenzug aus dem Westen mehr eingetroffen. Es werden Unruhen befürchtet, 150 Polizeiaagenten gingen bereits nach verschiedenen Bahnpunkten ab.

### Angekommene Fremde.

**Boien, 23. März.**

Hotel de Rome. — F. Westphal & Co. Die Kaufl. Steiner, Malachowski, Richter, Labandter, Söng, Bachmann, Barwald, Kette, Müller und Friebländer a. Berlin, Fabritant Hering a. Leipzig, Karzke a. Dresden, Aptisch a. Plauen, Frieze a. Breslau, Deimel a. Lüdenscheid, Sachs a. Prag, Bloch a. Chaux de fond, Grube a. Hamburg, Gebhardt a. Hanau, Wolff a. Frankfurt a. M., Heinemann a. München, Direktor Lührs a. Rottbus, Apothekenbesitzer v. Kuleja a. Bartschin, Kurarzt Dr. Kores a. Johannishof, Direktor Gbdecke a. Hannover, Superintendent Thau a. Kempen, Graf Gbendorff-Grabowski a. Gollzien, Rittergutsbesitzer Sarrazin und Familie a. Sniecisko, Bort-Fahrer. Düvel a. Boien.

Mylius Hotel de Dresde (Fritz Bremer). Landrath Moehrs u. Frau a. Wirsig, Rentant Gentschel u. Frau a. Niepruzewo, Lieut. Lauer a. Doborn, Oberförster Sment a. Lubom, Rentier Neufeld a. Berlin, Arzt Dr. Freund a. Wien, die Fabrikanten Pleh a. Berlin u. Lenger a. Leipzig, Ingenieur Settegast a. Hamburg, die Kaufleute Hermann a. München, Petras a. Hagen, Grienberger a. Dresden, Winkelmann a. Lübeck, Zahn a. Stettin u. Heberich a. Mainz.

Grand Hotel de France. Die Rittergutsbesitzer Gründer a. Obergörsig, Brummer a. Wilkow, Frau v. Lewicka a. Grembalin, Arzt Dr. Balzat a. Kofien, Prospekt Hennig a. Zirk, die Kaufleute Vogel a. Breslau, Gradnicki a. Konin, Kahlmann a. Hamburg.

J. Graetz's Hotel „Deutsches Haus“ vormals Langner's Hotel. Die Kaufl. Mayer und Wandel a. Berlin, Rosenthal a. Labitschin, Brennerüberwalter Manowski a. Waldow.

Keilers Hotel zum Engl. Hof. Die Kaufleute Kallischer a. Berlin, Wisniewski a. Inowrazlaw, Cohn a. Peftern, Selger a. Berlin, Wokli a. Konin, Frau Frenzel a. Ostrowo, Frau Fiegel und Tochter a. Schoden, Kaplan a. Schroda, Kempe a. Berlin.

Hotel Bellevue. H. Goldbach. Die Kaufleute Sachs aus Hamburg, Caro aus Berlin, Kufse a. Dresden, Sawitschka und Hieschel aus Breslau, Dahr aus Hannover, Bloch aus Halle a. S., Hahn aus Braunschweig, Köhler aus Hirschberg, Frau Privatier Förster und Frau Privatier Wagner aus Pankow, Abministratör Kärger aus Lowence, Frau Gerichts-Sekretär Jfer aus Kroschschin.

Georg Müller's Hotel. Altes Deutsches Haus. (R. Heyne.) Fabrikbesitzer Hoppe a. Friedberg a. M., die Kaufleute Westphal a. Schneidemühl, Krause aus Breslau, Lange a. Rodeberg und Broskauer a. Hamburg, Inspektor Rosenau a. Uchorowo, Werkmeister Wolter a. Vangenöls.

Theodor Jahns Hotel garni. Rentier Gbblaff aus Berlin, Gutsbesitzer Heinrich a. Maslowo, Hotelbesitzer Grün a. Neustadt, die Kaufl. Kortum a. Glogau, Dacknowski a. Lubwigsburg, Jacob a. Seilbrunn, Falsett, Gerling und Felsch a. Stettin, Büttner und Levy a. Berlin.

### Handel und Verkehr.

**Petersburg, 22. März.** Die Petersburger Diskonto-Bank, die Petersburger Internationale Handelsbank und die Russische Bank für auswärtigen Handel werden vom 15. cr. a. St. ab den Zinsfuß auf Girokonto auf 2 Prozent ermäßigen.

**Paris, 22. März.** Einer Meldung aus Rio de Janeiro zufolge verlangen die Aktionäre der dortigen Bank für Handel und Industrie die freiwillige, gütliche Liquidation.

Nach Meldungen aus Montevideo vom 22. März hat der Senat die Gesetzesvorlage betreffend die Gründung einer Nationalbank von Uruguay mit einem Kapital von 8 Millionen Pesos genehmigt. Das Gesetz soll sofort in Kraft treten.

**Newyork, 21. März.** Die Börse war anfangs ruhig, im weiteren Verlaufe flusslos und matt. Der Umlauf der Aktien betrug 201 000 Stück. Der Silbervorrath wird auf 3 400 000 Unzen geschätzt. Die Silberverkäufe betrugen 19 000 Unzen. Für den Staatschatz wurden 605 000 Unzen zu 89,87 à 89,94 angekauft.

### Wasserstand der Warthe.

**Boien, am 22. März Morgens 2,34 Meter.**  
= 2. = Mittags 2,33 =  
= 23. = Morgens 2,43 =

### Meteorologische Beobachtungen zu Boien im März 1892.

Datum	Barometer auf 0 Gr. red. in mm. 66 m Seeshöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad.
Stunde				
22. März. 2	761,9	S mäßig	heiter	+11,9
22. März. 9	759,9	Windstille	heiter	+6,8
23. März. 7	758,1	WS frisch	bedeckt	+2,4
Am 22. März Wärme-Maximum + 12,9° Cels.				
Am 22. = Wärme-Minimum - 0,1° =				

### Produkten- und Börsenberichte.

#### Fonds-Kurze.

**Breslau, 22. März.** Behauptet. Neue Proz. Reichsanleihe 84,60, 3 1/2 Proz. L.-Kandbr. 96,75, Konso. Türken 19,50, Tür. Loose 76,00, 4 Proz. ung. Goldrente 92,00, Bresl. Diskontobank 91,85, Breslauer Wechselbank 94,15, Kreditaktien 169,50, Schles. Bankverein 108,75, Donnersmarthütte 76,75, Flöther Maschinenbau —, Rattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 120,00, Oberschles. Eisenbahn 51,50, Oberschles. Portland-Zement 91,00, Schles. Cement 125,00, Oppeln. Zement 98,25, Schles. Dampf. C. —, Kramsta 117,50, Schles. Zinkaktien 187,50, Laurahütte 101,25, Verein. Oelfabr. 88,75, Oesterreich. Banknoten 171,90, Russ. Banknoten 205,15, Gieseler Cement 98,50.

**Hamburg, 22. März.** Fest. Gold in Barren pr. Kilo 2786 Br., 2782 Gd. Silber in Barren pr. Kilo 119,85 Br., 119,35 Gd. **Frankfurt a. M., 22. März.** (Schlußkurse.) Fest. Lomb. Wechsel 20,417, 4 Proz. Reichsanleihe 106,70, österr. Silberrente 80,00, 4 1/2 Proz. Papierrente 80,50, do. 4 Proz. Goldrente 94,80, 1880er Loose 123,20, 4 Proz. ungar. Goldrente 92,10, Italiener 87,30, 1880er Russen 92,00, 3. Orientanl. 64,40, unifiz. Egypter 96,90, lomb. Türken 19,50, 4 Proz. türk. Anl. 83,40, 3 Proz. port. Anl. 26,50, 5 Proz. serb. Rente 77,50, 5 Proz. amort. Rumänier 96,80, 6 Proz. konjol. Mexik. 80,50, Böhm. Weich 304 1/2, Böhm. Nordbahn 154,50, Franzosen 243 1/2, Galtzer 180 1/2, Gotthardbahn 132,60, Lombarden 73 1/2, Lübeck-Büchen 142,00, Nordwestbahn 179, Kreditaktien 263 1/2, Darmstädter 124,40, Mitteld. Kredit 94,60, Reichsb. 148,60, Disk. Kommandit 178,70, Dresdner Bank 131,40, Pariser Wechsel 81,166, Wiener Wechsel 171,70, serbische Tabaksrente 78,10, Bochum. Gußstahl 109,80, Dortmund. Union 53,20, Harpener Bergwerk 136,20, Siberia 122,50, 4 Proz. Spanier 59,30, Ratnager 108,60. Privatdiskont 1 1/2 Proz. \*) per comptant.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 263 1/2, Disk. Kommandit 178,60, Bochumer Gußstahl —, Harpener —, Lombarden —, Staatsbahn —, Nordd. Lloyd —, Türken —.

**Petersburg, 22. März.** Wechsel auf London 99,60, Russ. II. Orientanleihe 102 1/2, do. III. Orientanleihe 102 1/2, do. Bank für auswärtigen Handel 264, Petersburger Diskontobank 533, Warschauer Diskontobank —, Petersb. internat. Bank 451, Russ. 4 1/2 Proz. Vokentredit-Pfandbriefe 149, Große Russ. Eisenbahn 251 1/2, Russ. Südbahn-Aktien 116 1/2, Privatdiskont 4 1/2.

**Buenos-Ayres, 21. März.** Goldagio 248.

**Rio de Janeiro, 21. März.** Wechsel auf London 12.

#### Produkten-Kurze.

**Danzig, 22. März.** Getreidemarkt. Weizen loco flau. Umlauf 50 Tonnen, Weizen bunt und hellfarbig —, do. hellbunt 212, do. hochbunt u. glatt 215—217, Regulirungspreis zu freiem Verkehr 214, do. p. April-Mai Transfit 126 Pfd. 173, do. p. Juni-Juli Transfit 126 Pfd. 175. Roggen loco matt, inländischer per 120 Pfd. 210—214, do. polnischer ob. russischer Transfit —, Regulirungspreis zu freiem Verkehr 212, do. p. April-Mai Transfit 120 Pfd. 171. — Gerste große loco 160, Gerste kleine loco 154. Hafer loco 136. Erbsen loco —. — Spiritus p. 10 000 Str.-Proz. loco kontingentirt 60,50, nichtkontingentirt 41,00. — Wetter: Schön.

**Königsberg, 22. März.** Getreidemarkt. Weizen abwartend. Roggen unverändert, loco per 2000 Pfd. Zollgewicht 198,00. Gerste unverändert. Hafer flau, loco per 2000 Pfd. Zollgewicht 144,00. Weisse Erbsen p. 2000 Pfd. Zollgew. unverändert. Spiritus p. 100 Liter 100 Proz. loco 6 1/2, p. März 60 1/2, p. April 60 1/2. — Schön.

**Röln, 22. März.** (Getreidemarkt.) Weizen hiesiger loco 23,00, do. fremder loco 23,50, per März 20,05, per Mai 20,15. Roggen hiesiger loco 23,00, fremder loco 24,75, per März 21,15, per Mai 21,15. Hafer hiesiger loco 15,00, fremder —, Rübsöl loco 57,00, per Mai 53,40, per Oktober 53,40. — Wetter: Schön.

**Bremen, 22. März.** (Kurse des Effekten- u. Waffler-Bereins, 5 Proz. Nordd. Wollkammerei- und Kammgarne-Spinnerei-Aktien — Br., 5 Proz. Nordd. Lloyd-Aktien 92 1/2, Gd.)

**Bremen, 22. März.** (Börsen = Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notiz der Bremer Petroleumbörse.) Faßzollfrei. Matt. loco 6,20 Br.

Baumwolle. Stetig. Upland middl., loco 35 Pf., Upland Bafis middl., nichts unter low middl., auf Terminlieferung, März 34 1/2 Pf., April 34 1/2 Pf., Mai 35 1/2 Pf., Juni 35 1/2 Pf., Juli 36 1/2 Pf., August 36 1/2 Pf.

Schmalz. Ruhig. Wilcox 34 1/2 Pf., Armour 34 1/2 Pf., Robe — Pf., Fairbanks 30 1/2 Pf.

Wolle. 87 Ballen Cap, — Ballen Natal, 26 Ballen Buenos Ayres, 39 Ballen Austral, 11 Ballen Kammflinge.

Sped. short clear middl. Schwach. 33 Br.

**Hamburg, 22. März.** Getreidemarkt. Weizen loco ruhig, holl. loco neuer 206—212. — Roggen loco ruhig, mecklenb. loco neuer 210—213, russ. loco ruhig, neuer 185—188 Hafer ruhig. Gerste ruhig. Rübsöl (unverz.) ruhig, loco 55,00. — Spiritus behauptet, p. März-April 31 Br., per April-Mai 31 1/2 Br., per August-Septbr. 32 1/2 Br., per Sept.-Okt. 32 Br. — Kaffee ruhig. Umlauf 2000 Sack. — Petroleum ruhig, Standard white loco 6,10 Br., p. Aug.-Sept. 6,10 Br. — Wetter: Brachtvoll.

**Hamburg, 22. März.** Kaffee. (Nachmittagsbericht.) Good average Santos per März 67 1/2, per Mai 67 1/2, p. Juli —, pr. Sept. 65 1/2, p. Dez. —. Raum behauptet.

**Hamburg, 22. März.** Zuckermarkt (Schlußbericht.) Rüben-Rohzucker I. Produkt Bafis 88 pCt. Rendement neue Alliance, frei an Bord Hamburg per März 13,52 1/2, per Mai 13,75, per August 14,12 1/2, p. Oktober 12,80. Flau.

**Pest, 22. März.** Productenmarkt. Weizen loco schwach, per Frühjahr 9,50 Gd., 9,52 Br., per Mai-Juni 9,34 Gd., 9,36 Br., p. Herbst 8,59 Gd., 8,61 Br. Hafer p. Frühjahr 5,74 Gd., 5,76 Br. Neu-Mais p. Mai-Juni 5,17 Gd., 5,19 Br. Rohmais 12,45 Gd., 12,55 Br. — Wetter: Brachtvoll.

**Paris, 22. März.** Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, p. März 24,70, p. April 25,00, p. Mai-August 25,50, p. Sept.-Dez. 25,60. Roggen ruhig, per März 18,13, per Sept.-Dez. 16,00. Weiz. ruhig, p. März 52,90, p. April 53,20, p. Mai-August 54,70, p. Sept.-Dez. 55,30. Rübsöl fest, p. März 52,75, p. April 52,75, pr. Mai-Aug. 54,25, p. Septbr.-Dezbr. 55,75. Spiritus ruhig, p. März 47,50, p. April 46,50, p. Mai-August 45,00, p. Sept.-Dez. 40,75. — Wetter: Regen.

**Paris, 22. März.** (Schlußbericht.) Rohzucker träge, 88 pCt. zu 38,75. Weiz. Zucker ruhig, Rt. 3 per 100 Kilogr. ter März 39,25, per April 39,25, per Mai-August 39,87 1/2, p. Oktbr.-Jan. 35,75.



